

## **Antrag**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Drohende Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik**

Der Bundestag wolle beschließen:

Mit großer Bestürzung hat der Deutsche Bundestag die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zur Kenntnis genommen, daß Frankreich die Wiederaufnahme von Atombombenversuchen im Pazifischen Ozean beabsichtigt. Als Parlamentarier eines eng mit Frankreich befreundeten und verbündeten Nachbarlandes, als vorbehaltlose Freundinnen und Freunde Frankreichs und als überzeugte Europäer halten wir diese Entscheidung für katastrophal falsch. Die geplante Wiederaufnahme der Atombombenversuche erfüllt den Deutschen Bundestag mit allergrößter Sorge.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

- alle notwendigen politischen Initiativen zu ergreifen, um die Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik zu verhindern,
- entsprechende Initiativen auf der Ebene der Europäischen Union zu ergreifen, um die Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik zu verhindern,
- die berechtigten Proteste der betroffenen Staaten des Südpazifikforums gegen die Wiederaufnahme der Atombombenversuche und ihre Forderung nach Respektierung der „atomwaffenfreien Zone Südpazifik“ politisch zu unterstützen,
- unmißverständlich gegenüber der französischen Regierung deutlich zu machen, daß die Wiederaufnahme von Atombombenversuchen den Einstieg in eine neue Phase des nuklearen Wettrüstens bedeutet und von der Bundesrepublik Deutschland deshalb schärfstens abgelehnt wird,
- sich für einen möglich schnellen Abschluß eines Atomteststopabkommens einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac,

den Beschluß zur Wiederaufnahme der Atombombenversuche aufzuheben und damit ein positives Zeichen für die atomare Abrüstung und die friedliche internationale Zusammenarbeit zu setzen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die französische Nationalversammlung,

auf den französischen Präsidenten dahin gehend einzuwirken, daß er den Beschluß zur Wiederaufnahme der Atombombenversuche aufhebt.

Bonn, den 12. Juli 1995

**Josef Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

### **Begründung**

Mit der Entscheidung zur Aufnahme neuer Tests wird scheinbar nationale Unabhängigkeit gegen internationale Kooperation ausgespielt und die Force de frappe zu einem Instrument gegen die weitere Entwicklung der Europäischen Union. So wird nationale Unabhängigkeit zum Vehikel für die Gefahr einer Renationalisierung in der Sicherheitspolitik. Unter diesem Gesichtspunkt liegt Mururoa mitten in Europa. Es geht eben nicht nur um die innere Angelegenheit von Frankreich, sondern um die Zukunft Europas.

Darüber hinaus bedeuten die Atomwaffentests eine massive Gefährdung der Umwelt im Südpazifik. Die Zündung von weit über hundert Atombomben, die Frankreich seit 1966 in Polynesien durchgeführt hat, bedeutet die konkrete Gefahr einer anhaltenden Umweltkatastrophe für den gesamten pazifischen Raum. Nach vielen Atombombenversuchen wurde auf dem stetig absinkenden Mururoa-Atoll ein Atommüllendlager geschaffen, das langfristig bei einer Überflutung die Gefahr der Verseuchung großer Teile des Pazifischen Ozeans bedeutet. Die Sprengungen haben bereits Risse im Atoll entstehen lassen, die bei weiteren Versuchen die unmittelbare Gefahr des Abbrechens von Atoll-Teilen und des Austritts von radioaktiver Strahlung bedeuten.

Neben den unabsehbaren Folgen für das Ökosystem des Pazifiks stellen diese Tests somit eine direkte nukleare Bedrohung für die Menschen in den Staaten des Südpazifikforums dar. Die 15 Staaten des „Südpazifikforums“ haben den Südpazifik 1985 anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Sie sehen insbesondere in atomaren Tests eine große Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Menschen im Südpazifik. Die Zündung von Atombomben durch einen Mitgliedstaat der Europäischen Union in einer 18 000 Kilometer von Europa entfernten Region stellt eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der seit Jahrhunderten auf den Atollen im geplanten Testgebiet beheimateten Völker dar. Der Deutsche Bundestag schließt sich deshalb nachdrücklich dem dramatischen Protest der pazifischen Staaten gegen die Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche uneingeschränkt an.

Durch die neue Testreihe besteht die Gefahr, daß die Bemühungen bei der Implementierung eines weltweit geltenden Atomwaffensperrvertrages untergraben und somit zur Farce werden. Frank-

reich unterläuft damit die internationalen Bemühungen, parallel zu den Abrüstungsverhandlungen START II ein weltweites Teststopp-Abkommen durchzusetzen. Erst kürzlich haben sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und insbesondere die Atomwaffen besitzenden Länder Frankreich und Großbritannien bei den Verhandlungen über die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages politisch zur weiteren nuklearen Abrüstung verpflichtet. Die Entscheidung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac stellt auch einen Affront gegen alle diejenigen Länder dar, die gerade unter dieser Voraussetzung der unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages zugestimmt haben. Die internationalen Bemühungen, den seit 1992 maßgeblich durch die Erklärung eines französischen Teststopps durch Staatspräsident Mitterand erreichten faktischen weltweiten Teststopp – mit Ausnahme der Volksrepublik China – in ein völkerrechtlich verbindliches nukleares Teststopp-Abkommen weiterzuentwickeln, haben durch seine Entscheidung einen schweren Rückschlag erlitten. Die Gefahr, daß andere Länder den französischen Schritt als Anlaß zur Durchführung von Atombombenversuchen nehmen, hat dadurch erheblich zugenommen.

